

Einleitung

Die Faktensammlung über das Thema Bedrohung osteuropäischer Staaten durch den deutschen Imperialismus, soll darstellen, inwieweit der deutsche Imperialismus sich nach der Annexion der DDR auch in die Staaten Osteuropas involviert hat, mit welchen Mitteln er seine Vormachtsstellung ausgebaut hat und weiter ausbaut. Und wie die Völker dieser Staaten unter dem Joch zu leiden haben.

Was der Krieg gegen die BR Jugoslawien in einigen Wochen an Elend über das Volk brachte, wurde auf anderen Wegen, mit anderen Mitteln, in einem längeren Zeitraum, auch in den allermeisten anderen Staaten Osteuropas angerichtet.

Die Fakten sollen ausserdem die Abhängigkeit dieser Länder von der BRD anreissen, die Methoden des Imperialismus und die Ziele, bzw. das Ziel welches es zu erreichen gilt.

Unser Kampf, unsere Schlussfolgerungen daraus, können auf Grund der Faktenlage nur sein: Schwächung des deutschen Imperialismus, Kampf gegen die Annexion der DDR und die anderen Länder, Aufklärung über die wachsende Kriegsgefahr. ausgehend vom deutschen Imperialismus.

Faktensammlung zum deutschen Imperialismus

Bedrohung osteuropäischer Staaten

O s t e u r o p a

Zwischen 1990 und 1994 wurden aus dem Ausland in Osteuropa maximal 23 Milliarden US-Dollar investiert. Davon stammen 15 Prozent aus der BRD, also rund 5 Milliarden DM. (Siemens besitzt bekannterweise rund 20 Milliarden DM an flüssigen Mitteln)
(Wirtschaftswoche 15/94)

Ab 1992 geht das deutsche Engagement bei Auslandsinvestitionen spürbar zurück. Im ersten Quartal 1993 bereits lag die BRD mit 4,7 % aller Auslandsinvestitionen in der Tschechischen Republik deutlich hinter den USA (70,3%) und Frankreich (5,7%).
(Prager Zeitung, 24/93)

Der relative Anteil des deutschen Kapitals in der Tschechoslowakei war zwischen 1929 und dem Münchner Abkommen ebenfalls laufend zurückgegangen, bis ihn die Okkupation durch die Hitlerarmee wieder in die Höhe trieb. Was die Gefahr für den Frieden und die Aggressivität des angeschwollenen Deutschlands derzeit so groß macht, sind genau dieselben Gründe, die hinter der sichtlichen Unfähigkeit der entwickelten kapitalistischen Industrienationen stecken, auf dem Gebiet ihres einstigen Gegners, des Sozialismus, ihr eigenes Wirtschaftssystem einzurichten; und zwar so profitabel einzurichten, dass es sich lohnen würde, dort zu investieren.

(Eggerdinger 1994, Stefan Eggerdinger: Die Ostexpansion der BRD, Verlag „Das Freie Buch“, München)

Zwischen 1990 und 1997 flossen als Direktinvestitionen nach Osteuropa einschließlich Russland 36,5 Milliarden Dollar.

(BuBa 10/99: Die relative Stellung der deutschen Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Reformländern. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 1999)

Seit 1993 schon sind die Nettotransfers des Internationalen Währungsfonds nach Osteuropa negativ, d.h. der Fonds holt dort mehr Geld raus, als er hineinsteckt.

(Lavigne 1997, S. 304f., Marie Lavigne : Die Rolle der G7-Staaten und der internationalen Finanzorganisationen bei der Wirtschaftsreform Mittel- und Osteuropas. In: Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Hrsg. Vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München und Wien 1997)

Während in die osteuropäischen Länder ohne Russland und GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) bis 1998 insgesamt 45 Milliarden Dollar direkt investiert wurden, betrug der jährliche Schuldendienst dieser Länder rund 15 Milliarden Dollar.

(Hofbauer 1998, Hannes Hofbauer: Wie groß ist Europa? Volksstimme 49/3.12.1998)

Fast alle Länder Osteuropas wiesen Anfang der 90er Jahre einen positiven Außenhandelsaldo auf (exportierten also mehr als sie importierten). In ausnahmslos allen osteuropäischen Ländern ist dieser Saldo am Ende der 90er Jahre negativ; sie sind also zu Importeuren geworden.

(FE 2000, S.9, Quaisser/Hartmann/Hönekopp/Brandmeier: Die Osterweiterung der Europäischen Union: Konsequenzen für Wohlstand und Beschäftigung in Europa. Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2000)

Nun könnte man argumentieren: Natürlich findet ein Ausverkauf statt, natürlich beuten ausländische Kapitalisten mehr und mehr Arbeiter in Osteuropa aus – aber es strömt doch immerhin Geld ins Land. Nichts falscher als das. Rein netto und summa summarum werden diese Länder immer ärmer, wird immer mehr des Produkts der Arbeit aus diesen Ländern herausgezogen. Das ist in ganz Osteuropa nicht anders, als es sich mit dem „Stabilitätspakt für Südosteuropa“, dem Ergebnis des Krieges, in Jugoslawien verhält, der auch nur „Hilfe“ auf Kreditbasis bietet.

(StreitMat 2001; Küntzel 2000; StreitMat 2001: Streitbarer Materialismus Nr. 24, Mai 2001, S. 56/57; Küntzel 2000, Matthias Küntzel: Hyänen im Wunderland. Junge Welt, 16.11.2000)

Zwischen 1989 und 1993 büßten die Länder Osteuropas 70% ihrer Wirtschaftskraft ein.

(Neues Deutschland, 29.3.1993)

„Lebten im Jahr 1988 bloß zwei Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, so waren es zehn Jahre später bereits 20 Prozent.“

(Zit. Nach: Volksstimme, 19.10.2000)

In Osteuropa incl. der ehemaligen Sowjetunion leben 50 Millionen Kinder in Armut, 160 Millionen (=40% des Volks) unter der Armutsgrenze. In Bulgarien sind es nach Abschaffung aller Sozialleistungen im Zuge eines „Strukturanpassungsprogramms“ des Internationalen Währungsfonds 90%. Die Tuberkulose ist so weit verbreitet wie in den ärmsten der abhängigen Länder (67,6 Tuberkulosefälle auf 1000 Einwohner), die Kindersterblichkeit liegt auf dem Niveau von Lateinamerika (natürlich mit der Ausnahme von Cuba).

(Rupp 2000, Rainer Rupp: Stumme Krise in Osteuropa. Junge Welt, 3./4.2.2001)

Erstmals seit 1945 sinkt die Lebenserwartung in Europa, und das liegt zuallererst am drastischen Rückgang in Osteuropa und Russland. Schon 1993 starben dort 670 000 Menschen mehr als im Jahr 1989.

(Rupp 2000, Rainer Rupp: Stumme Krise in Osteuropa. Junge Welt, 3./4.2.2001 / Chossudovsky/Israel 2000, Michel Chossudovsky/Jared Israel: DM statt Dinar. Konkret 11/2000)

1974 wurden in der Tschechoslowakei 194 000 Kinder geboren, 1998 waren es auf demselben Gebiet (Tschechische und Slowakische Republik) noch 90 000.

(Vertelaar 1999, Vaclav Vertelar: Eine schockierende Bilanz. ZU, 29.10.1999)

Auf 1 000 Geburten kommen in Russland 1 695 Abtreibungen, in Weißrußland 1 451, in Rumänien 1 107, in Ungarn 697 und in der Tschechischen Republik 415. (BRD 153, annektierte DDR 272, EU-Durchschnitt 193).

(Spiegel 9/2001)

In den letzten zehn Jahren wurden in Osteuropa 438 000 Arbeitsplätze geschaffen.

(FE 2000, S. 104, Quaisser/Hartmann/Hönekopp/Brandmeier: Die Osterweiterung der Europäischen Union: Konsequenzen für Wohlstand und Beschäftigung in Europa. Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2000)

2 500 000 Menschen haben allein in den vier bestplatzierten Kandidatenländern Ungarn, Polen, Tschechien und Slowenien seit 1990 ihren bezahlten Arbeitsplatz verloren.

(Hofbauer 2001a, Hannes Hofbauer: Westwärts rücken. Konkret 2/01)

Erwerbslosenzahlen: Albanien 40%, Bosnien-Herzegowina 40% (in der Republik Srbska 60%), Kroatien 21,7%, Makedonien 40% (bei den 15-24-Jährigen: 70%), Moldawien 47%, Slowakei 19,2% (in ländlichen Gebieten weit darüber)

(Alle Angaben aus Jahrbuch 2000/2001, verschiedene Abschnitte, Jahrbuch 2000/2001: Mittel und Osteuropa Perspektiven. Hgg. Von Manager-Magazin, Rödl&Partner, FAZ-Institut. Ffm./Hamburg/Nürnberg 2000)

„Mehr als 50 Prozent der ungarischen Bevölkerung hält nach wie vor Großbetriebe in Privatbesitz für schädlich, 77 Prozent sprechen sich auch gegen Unternehmer in ausländischer Hand aus, 84 Prozent wenden sich gegen ausländischen Immobilienbesitz, und 85% lehnen die Übernahme der Energieversorgungsunternehmen durch ausländische Betreiber ab“

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.1.2000)

In jedem Fall bedeutet die Anbindung einer nationalen Währung an eine andere (oder einen „Korb“ anderer nationaler Währungen) einen Souveränitätsverzicht der herrschenden Klasse. Sie ist nicht mehr souverän bei der Festlegung der Zinssätze im Land, sondern ist gebunden an die Zinsbeschlüsse der Zentralbank des Landes, an dessen Währung die eigene gebunden ist.

(Streitbarer Materialismus Nr. 24, Mai 2001, S. 72)

Die schärfste Form der Preisgabe nationaler Souveränität ist das sogenannte „Currency Board“. Das jeweilige Land verpflichtet sich, nationale Währung nur in dem Umfang in Umlauf zu bringen, in dem es harte Devisen (Dollar, DM etc.) gebunkert hat. Eine Ausweitung der Geldmenge ist also erst möglich, wenn durch einen Außenhandelsüberschuß oder durch Kreditaufnahme fremde Währung ins Land gekommen ist.

(Streitbarer Materialismus Nr. 24, Mai 2001, S. 73)

Die Inflation in Osteuropa geht zurück, weil es keine Renten, kein Gesundheitswesen, teilweise keine Lohnzahlungen in staatlichen Betrieben, keine Kindergärten etc. mehr gibt, bis zu 60% des

Staatshaushaltes für den Schuldendienst an das Ausland eingesetzt werden müssen, es aber nicht möglich ist, zur Finanzierung die Druckerpresse zu benutzen.
(*Streitbarer Materialismus Nr. 24, Mai 2001, S. 72*)

Folgende Länder Osteuropas haben keine Währungssouveränität mehr:

- **Bosnien-Herzegowina:** seit 1998 zwei Währungen, die konvertible Mark (mittels Currency Board an DM gebunden) und die DM
- **Bulgarien:** Der Lew ist im Verhältnis 1:1 an die DM gebunden.
- **Estland:** Die estnische Krone ist 8:1 an die DM gebunden
- **Jugoslawien:** laut Plänen der Kostunica-Regierung ist geplant, die DM als offizielle Währung in Gesamt-Jugoslawien zu etablieren. (Kosovo: durch Beschluß der UN-Verwaltung seit September 2000, DM die einzige offizielle Währung; Montenegro: DM einzige offizielle Währung seit 13.11.2000)
- **Makedonien:** Die Währung ist über ein Currency Board an die DM gebunden

(Fakten aus: *Jahrbuch 2000/2001, verschiedene Abschnitte; Hofnung 1999; Israel 2000; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.11.2000; Israel et al. 2000; Neue Zürcher Zeitung, 2.11.2000; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.10.2000; Junge Welt, 14.11.2000 / Jahrbuch 2000/2001, verschiedene Abschnitte, Jahrbuch 2000/2001: Mittel und Osteuropa Perspektiven. Hgg. Von Manager-Magazin, Rödl&Partner, FAZ-Institut. Ffm./Hamburg/Nürnberg 2000*) / *Hofnung 1999, Thomas Hofnung: Kosovo als Menetekel. Le monde diplomatique, dt. Ausgabe, Juni 1999 / Israel 2000, Stephan Israel: D-Mark statt Dinar. Kölner Stadt-Anzeiger, 16.11.2000 / Israel et al. 2000, Jared Israel, Max Sinclair, Peter Mäher, Karen Talbot, Michel Chossudovsky, Niko Varkevissar: Das Räderwerk eines Betrugs. Wie die USA eine korrupte Opposition in Serbien schuf. Arbeitskreis Jugoslawienkrieg, Darmstadt, 10/2000*)

Die BRD, die seit 1999 osteuropäische Länder beim Auf- und Umbau ihrer Grenzpolizei unterstützt, hat „angeboten“, 10 000 Mann BGS-Truppen auf das Territorium dieser Länder zu schicken.

(*Bünder/Friedrich 2000, Bünder/Friedrich: Die neuen Außengrenzen der Europäischen Union sollen kein Einfallstor für illegale Einwanderung und Rauschgift werden. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.10.2000*)

Seit der Wende 1989/1990 wurde die Möglichkeit der Hilfen für die Deutschen in ihren Siedlungsgebieten in bis dahin nicht vorstellbarer Weise erweitert. (aus der ersten vom sozialdemokratischen Aussiedlerbeauftragten Jochen Welt verantworteten Ausgabe des Info-Dienstes Deutsche Aussiedler) (*Salzborn 2000, Samuel Salzborn: „Grenzenlose Heimat“, Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände / Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen (Hg.): Info-Dienst Deutsche Aussiedler, Nr. 100, April 1999, S. 3*)

115 Millionen DM waren für die Unterstützung „deutscher Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich nicht-europäischer Nachfolgestaaten der UdSSR“ im Haushaltsplan des BMI (Bundesministerium des Innern) für das Jahr 1999 vorgesehen.

(*Haushaltsplan der Bundesregierung 1999: Einzelplan 06, a.a.O., Titelgruppe 02, S. 214*)

Ich erinnere an die unselige und unsägliche Rolle der deutschen Minderheiten in Osteuropa, die wie einst die Sudetendeutschen die Rolle des trojanischen Pferds spielen sollen und immer besser spielen. Zunächst hatten die den neuen deutschen Nationalismus falsch verstanden und wollten alle in die BRD kommen. Das hat man ihnen schnell ausgetrieben und spätestens bis 1992 wird alles dafür getan, die Sudetendeutschen, die Schlesier, die Russlanddeutschen und viele andere mehr als fünfte Kolonne in ihren jeweiligen Aufenthaltsländern zu halten. (Seit 1992 gibt es staatliche bundesdeutsche Förderprogramme speziell für Schlesier, die sich bereit erklären, in Polen zu bleiben, und der entsprechende Etat für die Russlanddeutschen wird ständig aufgestockt.)

(*Eggerdinger 1994, Stefan Eggerdinger: Die Ostexpansion der BRD, Verlag „Das Freie Buch“, München*)

Die Kontinuität deutscher Außenpolitik wird auch anhand folgendes Zitates deutlich:

„Bei der Behandlung der Fremdvölkischen im Osten müssen wir darauf sehen, so viel wie möglich einzelne Völkerschaften anzuerkennen und zu pflegen, also neben den Polen und Juden die Ukrainer, die Weissrussen, die Goralen, die Lemken und die Kaschuben. Wenn sonst noch irgendwelche Volkssplitter zu finden sind, auch diese“ (Heinrich Himmler)

(Eggerdinger 1994, Stefan Eggerdinger: Die Ostexpansion der BRD, Verlag „Das Freie Buch“, München)

Etwa 1000 lettische Veteranen der Waffen-SS haben an einem Gedenkmarsch durch Riga für die Toten des Zweiten Weltkriegs teilgenommen. Hunderte von Letten applaudierten.

KONKRET 4/2000, S.11

Das Gebiet Kaliningrad beteiligt sich am Projekt der Euroregion "Baltica", es bekundet Interesse an der Euroregion "Neman" und an der neuen lettischen Initiative für die Euroregion "Saule". Theoretisch besteht auch die Möglichkeit, daß das Gebiet Kaliningrad (selbstverständlich als Teil der Russischen Föderation) der EU beitrifft.

Bundesinstitut f. ostwissenschaftliche und internationale Studien, 28.10.99, zitiert nach KONKRET 2/2000

Vom Gesamtimport der osteuropäischen Länder im Jahr 1998 kamen 34% aus der BRD, 7,5% aus den USA, 7,5% aus Österreich (einen guten Teil davon kontrolliert ebenso das deutsche Monopolkapital), 6,5% aus Frankreich und 5,5% aus Großbritannien.

(Jahrbuch 2000/2001, S. 13: Mittel und Osteuropa Perspektiven. Hgg. Von Manager-Magazin, Rödl&Partner, FAZ-Institut. Ffm./Hamburg/Nürnberg 2000)

Warenlieferant Nr.1 oder 2 sind die deutschen Konzerne in folgenden Ländern (in Klammern jeweils der Anteil der BRD an den Importen/Exporten in Prozenten):

Belarus (10,3/3,6), Bulgarien (14,9/9,9), Lettland (15,2/16,9), Litauen (18,1/15,9), Mazedonien (13,7/21,4), Polen (25,2/36,3), Russland (20,0/10,0), Slowakei (26,2/27,7), Slowenien (20,1/30,7), Tschechische Republik (33,9/42,1), Ungarn (29,2/39,4) und Ukraine (7,8/4,3)

(Jahrbuch 2000/2001, S. 13 und verschiedene Abschnitte: Mittel und Osteuropa Perspektiven. Hgg. Von Manager-Magazin, Rödl&Partner, FAZ-Institut. Ffm./Hamburg/Nürnberg 2000)

länderspezifische Fakten

J u g o s l a w i e n

„Wir wollen ein offenes Land, eine offene Kolonie sein.“

(Veselin Vukotic, Gruppe G-17, im US-Fernsehen)

[Die G-17 ist jene Ansammlung vom Imperialismus gekaufter Ökonomien, die ein Wirtschaftsprogramm für Jugoslawien „nach Milosevic“ entworfen und im Wahlkampf im Herbst 2000 vertreten haben. Neben der Aufhebung aller Preiskontrollen und Subventionen für das Volk schlugen sie die – allerdings noch nicht umgesetzte – Einführung der D-Mark als offizielle Währung für ganz Jugoslawien vor.]

(Israel 2000, Stephan Israel: D-Mark statt Dinar. Kölner Stadt-Anzeiger, 16.11.2000)

Die gesamte Staatsindustrie (Elektrizitätswerke, Landwirtschaftskomplexe, Tourismusunternehmen) sind nach dem Fall Milosevics zur Privatisierung angeboten und warten auf ausländische Käufer.

KONKRET 11/2000 S.14

„Wir werden dort das Sagen haben.“
(Kanzler Schröder im Juni 1999 über den Balkan)

Zwischen 30 und 40 Milliarden Dollar haben sechs Wochen Bombardement verursacht. Die Industrieproduktion ist im Herbst 2000 im Vergleich zum Jahr 1989 auf ein Viertel gefallen, ebenso die Löhne, die Exporte auf 40%.
(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.10.00)

In den letzten 10 Jahren haben 400 000 Menschen die BR Jugoslawien verlassen müssen, die Flüchtlinge aus dem gesamten ehemaligen Jugoslawien machen „mehr als die Hälfte der 4 Millionen ‚Flüchtlinge‘ und ‚Vertriebenen‘ aus, die beim Flüchtlingshochkommissariat der UNO (UNHCR) registriert sind“.
(Vukadinovic 2000, Nebosia Vukadinovic: Die Wirtschaftsregion Balkan am Tropf des Westens. Le monde diplomatique, dt. Ausgabe, November 2000)

Im Jahr vor dem Krieg, zwischen März 1998 und März 1999 wurden nach Angaben des UN Menschenrechtsbeauftragten Jiri Dienstbier 1818 Einwohner des Kosovos getötet. Ein Jahr nach dem Krieg, zwischen 10.Juni 1999 und 4.Juni 2000 wurden bei Anwesenheit der sogenannten robusten NATO-Friedenstruppe nach Angaben der jugoslawischen Regierung 1027 Menschen getötet und weitere 945 verschleppt.
KONKRET 8/2000 S.17

Die jugoslawische Produktion hatte nach einem Rückgang im Kriegsjahr 1999 um 17,7% im Jahr 2000 bis zum Herbst wieder um 7% zugenommen.
(Neue Zürcher Zeitung, 16.2.01)

Der Dinar, der trotz des Kosovo-Krieges zuvor einigermaßen stabil war, brach nun von 1:22 auf 1:35 (im Verhältnis zur DM) ein.
KONKRET 11/2000 S.12

Allein aus den USA kamen in den vergangenen Monaten mehr als 77 Mio Dollar in die Hände der Oppositionsbündnis DOS. Aus der BRD kamen weitere 21 Mio DM. Davon kamen 17 Mio DM getarnt im Rahmen von deutsch-serbischer Städtepartnerschaften und 4 Mio „sehr, sehr heimlich“ (der deutsche Balkankoordinator Bodo Hombach) als Sponsoring der sogenannten „freien Presse“. Die Verteilung vor Ort übernahmen Hilfsorganisationen wie das Technische Hilfswerk oder das Rote Kreuz.
KONKRET 11/2000 S.13

Mit dem Wahlsieg von Djindic (auf dem Balkan „der Deutsche“ genannt) und Kostunica vom September 2000 hörte die kleine Erholung der Ökonomie seit dem Juni 1999 sofort wieder auf.
(Streitbarer Materialismus Nr. 24, Mai 2001, S. 40)

Das Wirtschaftsprogramm der serbischen Regierung Kostunicas/Djincic wird von einer „Expertengruppe“ verfaßt. Diese Wirtschaftsberater werden finanziert von CIPE, einer

Schwestergesellschaft der US-Handelskammer. Vier der führenden Mitglieder gehören zum Stab des Internationalen Währungsfond und der Weltbank.

KONKRET 11/2000 S.16

Verdiente ein Jugoslawe im Jahr 1990 noch durchschnittlich 1100,-DM pro Monat, waren es 1998 nur noch 203,-DM. Infolge des Kosovo-Krieges fiel das Durchschnittseinkommen nochmals um mehr als die Hälfte und beträgt derzeit umgerechnet etwa 87,-DM.

KONKRET 11/2000 S.12

„Nur wenige Tage nach dem Amtsantritt der neuen Regierung schnellte der Preis für Öl von 15 auf 51, der Preis für Brot von 6 auf 14 und der Preis für Zucker von 6 auf 45 Dinar.“

(Küntzel 2000, Collon 2000, Matthias Küntzel: Hyänen im Wunderland. Junge Welt, 16.11.2000 / Michel Collon: A Belgrade, l'huile a grimpé de 15 à 51 dinars. Solidaire, 1.11.2000)

Die durchschnittlichen Preiserhöhungen allein von Oktober bis Dezember 2000 lagen zwischen 50 und 100%, allein im Oktober bei 27%.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.10.2000)

P o l e n

„Doch haben beim jetzigen europäischen Neubeginn unsere deutschen Beziehungen zu Polen ein vergleichbares Gewicht wie, seit fünfzig Jahren, unser Verhältnis zu Frankreich. ... Nun geht es also um das ganze Europa.“

(von Weizsäcker 2000, Richard von Weizsäcker: Es begann in Polen. „Die Zeit“ 50/00)

Schon 1981 hatte Polen 14 Milliarden DM Schulden beim deutschen Imperialismus, ... der damalige Kanzler Schmidt bezeichnete die „Wirtschaftshilfe“ für Polen als Bestandteil des deutschen Kriegsetats.

(KAZ 198/199, a.a.O., S. 17: „Noch ist Polen nicht verloren.“ Kommunistische Arbeiterzeitung 198/199, München 1981, S. 15ff.)

Polen besaß einst 8500 staatliche Betriebe. Davon sind noch 2600 übrig. Bis auf zwei sind alle Banken entstaatlicht, im Jahr 2000 folgte ihnen die Telekommunikation. Nach einer Bahnreform (die 40 000 von 180 000 Eisenbahnern auf die Straße warf) soll nun bis 2002 auch die polnische Staatsbahn verkauft werden

(Jahrbuch 2000/2001, S. 211: Mittel und Osteuropa Perspektiven. Hgg. Von Manager-Magazin, Rödl&Partner, FAZ-Institut. Ffm./Hamburg/Nürnberg 2000)

In Polen kontrolliert das deutsche Kapital 180 große Firmen und ist größter Investor vor den USA und Frankreich.

(Streitbarer Materialismus Nr. 24, Mai 2001, S. 49)

„Damit lag Polen in seiner Bedeutung für deutsche Investoren mit großem Abstand vor den anderen MOE-Staaten (Mittel-Osteuropa-Staaten – Red.) inklusive Russland.“

(Jahrbuch 2000/2001, S. 211: Mittel und Osteuropa Perspektiven. Hgg. Von Manager-Magazin, Rödl&Partner, FAZ-Institut. Ffm./Hamburg/Nürnberg 2000, 148, 150)

In Polen gehören die Banken zu 77% dem Ausland, wobei sich zeigte, dass nicht nur beim Aufkauf von Ländereien, sondern auch im Finanzsektor mit Strohmännern gearbeitet wird.

(Streitbarer Materialismus Nr. 24, Mai 2001, S. 49)

Die Deutsche Bank hatte versucht, sich über ein ganzen Strohmännerkonsortium unter Führung einer Gdanker Bank eine Beteiligung am größten polnischen Versicherer PZU zu sichern, worauf der polnische Staat versuchte, das Geschäft aufzuhalten; der Ausgang war zur Jahreswende 2000/2001 noch ungewiß.

(Neue Zürcher Zeitung, 15.11.2000; Drweski 2001)

Polen hatte bereits 1989 39 Milliarden Dollar Auslandsschulden, die bis zum Jahr 2000 auf 65 Milliarden stiegen. Das entspricht 34% des sogenannten Bruttoinlandsprodukts.

(Hofbauer 2001; Juchler 2000, S. 191 / Hannes Hofbauer: Westwärts rücken. Konkret 2/01 / Jakob Juchler: Zehn Jahre Transformationsprozeß in Polen. Osteuropa 2/2000, S. 189ff. / das Jahrbuch 2000/2001 gibt die polnische Verschuldung mit „lediglich“ 52 Milliarden Dollar an)

Zwischen 1989 und 1995 war die Industrieproduktion in Polen um 50% zurückgegangen.

(Hofbauer 1998, Hannes Hofbauer: Wie groß ist Europa? Volksstimme 49/3.12.1998 / Neue Zürcher Zeitung, 5.2.2001; Vertelaar 1999, Vaclav Vertelar: Eine schockierende Bilanz. UZ, 29.10.1999)

In Polen erzeugt die Landwirtschaft 6% des sogenannten Bruttoinlandsprodukts, dort arbeiten aber 28% der Beschäftigten auf Höfen mit durchschnittlich 8ha. Größe.

(Jahrbuch 2000/2001, S. 211: Mittel und Osteuropa Perspektiven. Hgg. Von Manager-Magazin, Rödl&Partner, FAZ-Institut. Ffm./Hamburg/Nürnberg 2000 / Albinski 2000, Piotr Albinski: Deutschland, die Europäische Union und der Beitritt Polens. In: Osteuropa 4/2000, S. 382ff. / Wehner 2000, Markus Wehner: Das Fenster von Europa nach Russland klemmt. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.11.2000)

In Polen wurden allein im Jahr 1999 518 000 Arbeitsplätze vernichtet.

(Juchler 2000, S. 191, Jakob Juchler: Zehn Jahre Transformationsprozeß in Polen. Osteuropa 2/2000, S. 189ff.)

R u s s l a n d

Laut Georg Krupp, ehemaligen Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, leidet Russland nicht an Kapitalmangel sondern an Kapitalflucht. „2 Milliarden Dollar“ – so Krupp - „würden jeden Monat aus dem Land fließen.

(Streitbarer Materialismus Nr. 24, Mai 2001, S. 49)

Der Vorsitzende des Antikorruptionsausschusses der Staatsduma, Nikolai Kowaljow, bezifferte jetzt die Kapitalflucht mit 140 Milliarden Dollar für die Zeit von 1991 bis 1999. (ohne Leihkapital und Zinszahlungen von Auslandsschulden)

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.12.2000)

Verwendete Literatur

- BUBA 10/99 Die relative Stellung der deutschen Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Reformländern. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 1999
- BÜNDER/FRIEDRICH 2000 Bündler/Friedrich: Die neuen Außengrenzen der Eu-
- CHOSSUDOVSKEY/ISRAEL 2000 Michel Chossudovsky/Jared Israel: DM statt Dinar. Konkret 11/2000
- COLLON 2000 Michel Collon: A Belgrade, 1'huile a grimpe de 15 ä 51 dinars. Solidaire, 1.11.2000
- DRWESKI 2001 Bruno Drweski: Polnische Ängste. Le monde diplomatique, dt. Ausgabe, Januar 2001
- Eggerdinger 1994: Stefan Eggerdinger: Die Ostexpansion der BRD, Verlag „Das freie Buch“, Muenchen
- FE 2000 Quaisser/Hartmann/Hönekopp/Brandmeier: Die Osterweiterung der Europäischen Union: Konsequenzen für Wohlstand und Beschäftigung in Europa. Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2000
- FAZ, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.1.2000, 9.10.2000, 16.10.2000, 6.11.2000, 11.12.2000
- Haushaltsplan der Bundesregierung 1999, Einzelplan 06, a.a.O., Titelgruppe 02, S. 214
- HOFBAUER 1998 Hannes Hofbauer: Wie groß ist Europa? Volksstimme 49/ 3.12.1998
- HOFBAUER 2001 Hannes Hofbauer: Westwärts rücken. Konkret 2/01
- HOFNUNG 1999 Thomas Hofnung: Kosovo als Menetekel. Le monde diplomatique, dt. Ausgabe, Juni 1999
- ISRAEL 2000 Stephan Israel: D-Mark statt Dinar. Kölner Stadt-Anzeiger, 16.11.2000
- ISRAEL ET AL. 2000 Jared Israel, Max Sinclair, Peter Mäher, Karen Talbot, Michel Chossudovsky, Niko Varkevisser: Das Räderwerk eines Betrugs. Wie die USA eine korrupte Opposition in Serbien schuf. Arbeitskreis Jugoslawienkrieg, Darmstadt, 10/00
- JAHRBUCH 2000/2001 Jahrbuch 2000/2001: Mittel und Osteuropa Perspektiven. Hgg. von Manager-Magazin, Rödl&Partner, FAZ-Institut. Ffm./Hamburg/Nürnberg 2000
- JUCHLER 2000 Jakob Juchler: Zehn Jahre Transformationsprozeß in Polen. Osteuropa 2/2000, S. 189ff.
- JW, Junge Welt, 14.11.2000
- KAZ 198/199 "Noch ist Polen nicht verloren." Kommunistische Arbeiterzeitung 198/199, München 1981, S. 15ff.
- KONKRET 2/2000, 4/2000, (S. 11), 8/2000, 11/2000 (S.14)
- KÜNTZEL2000 Matthias Küntzel: Hyänen im Wunderland. Junge Welt,16.11.2000
- LAVIGNE 1997 Marie Lavigne: Die Rolle der G7-Staaten und der internationalen Finanzorganisationen bei der Wirtschaftstransformation Mittel- und Osteuropas. In: Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Hrgg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München und Wien 1997
- ND: Neues Deutschland, 29.3.1993
- NEUE ZUERCHER ZEITUNG, 2.11.2000, 15.11.2000, 5.2.2001, 16.2.2001

Prager Zeitung 24/93

RUPP 2000 Rainer Rupp: Drohgebärden Richtung Minsk. Junge Welt, 3./4.2.2001

SALZBORN 2000 Samuel Salzborn: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände. Berlin 2000

SALZBORN 2000A Samuel Salzborn: Gemeinsames Ziel. Konkret 10/2000

SPIEGEL 9/2001

STREITMAT 2001: Streitbarer Materialsimus Nr. 24, Mai 2001

VERTELAR 1999 Vaclav Vertelar: Eine schockierende Bilanz. UZ, 29.10.1999

VOLKSSTIMME, 19.10.2000

VON WEIZSÄCKER 2000 Richard von Weizsäcker: Es begann in Polen. "Die Zeit" 50/00

VUKADINOVIC 2000 Nebojsa Vukadinovic: Die Wirtschaftsregion Balkan am Tropf des Westens. Le monde diplomatique, dt. Ausgabe, November 2000

WIRTSCHAFTSWOCHE 15/94